Deskriptive Repräsentation von Gender, Alter und Herkunft in den Landesparlamenten und -regierungen

|  |  |
| --- | --- |
| Elias Koch (korrespondierender Autor) Humboldt-Universität zu Berlin Institut für Sozialwissenschaften [elias.koch@hu-berlin.de](mailto:elias.koch@student.hu-berlin.de)  https://orcid.org/0009-0000-3341-219X | Daniel Kuhlen  TU Darmstadt Institut für Politikwissenschaft kuhlenda@hu-berlin.de  <https://orcid.org/0009-0009-4863-6458> |
| Jochen Müller Universität Greifswald Institut für Politik- und Kommunikationswissenschaften jochen.mueller@uni-greifswald.de | Christian Stecker TU Darmstadt Institut für Politikwissenschaft [christian.stecker@tu-darmstadt.de](mailto:christian.stecker@tu-darmstadt.de) <https://orcid.org/0000-0001-9577-7151> |

## Zusammenfassung

Diese Research Note stellt mit StatePol einen neuen Datensatz vor, der Informationen über die Mitglieder der Landesparlamente und -regierungen enthält. Die Informationen umfassen soziodemographische Merkmale sowie Karrieredaten wie Mitgliedschaften und Ämter in Fraktionen, Ausschüssen und Regierungskabinetten. Der Mehrwert von StatePol besteht insbesondere darin, dass die Daten weitestgehend tagesgenau vorliegen und somit auch Dynamiken innerhalb von Legislaturperioden erfassen. Mit Hilfe des Datensatzes untersuchen wir die deskriptive Repräsentation auf Landesebene mit einem Fokus auf Gender, Alter und regionaler Herkunft (Ost-/Westdeutschland). Es zeigt sich, dass der Frauenanteil seit den 2000er Jahren bei etwa 30 Prozent stagniert, wobei erhebliche partei- bzw. fraktionsspezifische Unterschiede erkennbar sind. Die Daten konstatieren auch einen stetigen Anstieg des Durchschnittsalters der Landtagsparlamentarier:innen. Während Menschen ostdeutscher Herkunft in den Landtagen und Regierungen der ostdeutschen Länder zwar dominieren, sind sie in westdeutschen Landesparlamenten kaum vertreten. Dem gegenüber stellen in Westdeutschland geborene Menschen in allen Landesregierungen und -parlamenten fortweg einen substanziellen Anteil der Entscheidungsträger:innen. Mit Hilfe der hochaufgelösten Daten, die mit der Veröffentlichung der Allgemeinheit zur Verfügung stehen, können künftig wichtige Fragen der Repräsentationsforschung im deutschen Kontext umfassend untersucht werden.

*Schlüsselwörter: deskriptive Repräsentation, Landesparlamente, Landesregierungen, open data*

*Keywords: descriptive representation, state parliaments, state governments, open data*

## Einleitung

Wie gut sind verschiedene gesellschaftliche Gruppen an den Schaltstellen der repräsentativen Demokratie vertreten? Gibt es zu wenige Frauen in den Parlamenten? Bekleiden Menschen mit hohen Bildungsgraden oder Einkommen politische Führungsämter? Gibt es genug junge Menschen Amt und Mandat? Braucht es mehr Menschen mit Migrationshintergrund? Gestalten vor allem Personen aus den Städten Politik?

Solche Fragen nach der deskriptiven Repräsentation, also der Präsenz verschiedener gesellschaftlicher Gruppen in politischen Ämtern, werden häufig gestellt. Die Antworten darauf sind aus mehreren Gründen relevant. Zum einen ist deskriptive Repräsentation mit substanzieller Repräsentation verbunden, also der demokratischen Kernforderung, dass die Repräsentant:innen die Interessen der Wählerschaft responsiv aufgreifen sollten (Pitkin 1967, S. 209; Dahl 1971). Über den exakten Nexus zwischen deskriptiver und substanzieller Repräsentation wird ausführlich gestritten (Wängnerud 2009, S. 51; Mendelberg et al. 2014). Als gesichert darf jedoch gelten, dass für eine angemessene substanzielle Repräsentation gesellschaftlicher Gruppen auch deren numerische Präsenz notwendig ist. Aufgrund geteilter Lebensrealitäten können bestimmte Gruppeninteressen von ihren Mitgliedern besser verstanden, differenzierter formuliert und diskutiert werden (Mansbridge 1999, S. 644). Dies wird in empirischen Studien bekräftigt, die nahelegen, dass es auch an ihrer geringen Vertretung in politischen Ämtern liegt, wenn die Interessen niedrigerer Einkommensgruppen nachrangig bleiben (Elsässer et al. 2017; Rosset und Stecker 2019).

Zum anderen beeinflusst deskriptive Repräsentation wie gut die Bürger:innen, ihre Interessen im politischen System vertreten sehen. So möchten sie sich in jenen die sie repräsentieren wiedererkennen, insbesondere mit Blick auf Alter, Gender oder Beruf (Deiss-Helbig 2013). Bürger:innen vertrauen darauf, dass aufgrund geteilter Merkmale auch unsere geteilten Interessen aufgegriffen werden (Gay 2002) oder dass ihre Gruppe zumindest nicht benachteiligt wird (Mansbridge 1999, S. 633). Im Zusammenspiel mit Wahrnehmungen der Bürger:innen ist deskriptive Repräsentation daher Voraussetzung für die Legitimität politischer Entscheidungen und für das Vertrauen in politische Systeme in ihrer Gesamtheit (Arnesen und Peters 2018).

Vor diesem Hintergrund wirft unsere Studie einen neuen und detaillierteren Blick auf die deskriptive Repräsentation in der Bundesrepublik. Anhand eines neuen Datensatzes, der für die Zeit ab 1990 tagesgenaue Informationen für alle 16 Bundesländer umfasst, untersuchen wir die Zusammensetzung von Mandats- und Amtsträger:innen in den Landesparlamenten und -regierungen. Dabei fokussieren wir auf drei Merkmale: Gender, Alter und Herkunft. Mit Blick auf Gender und Alter beleuchten wir Merkmale, die in vielen modernen Demokratien als Kategorien deskriptiver Repräsentation relevant sind. Zum anderen greifen wir mit der Repräsentation Ostdeutscher eine spezifisch bundesrepublikanische Perspektive auf, die auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung problematisiert wird (Vogel 2023).

Wir knüpfen dabei an aufschlussreiche Studien an, die verschiedene Aspekte deskriptiver Repräsentation in der Bundesrepublik und darüber hinaus untersucht haben (Eder et al. 2016; Haffert 2021; Vogel 2020). Unser neuer Beitrag liegt darin, dass wir deskriptive Repräsentation kohärent über die verschiedenen Stufen politischer Karrieren beleuchten – von Abgeordnetenmandaten, über Ämter in Fraktion und Parlament bis zu Kabinettsposten.

Unsere Ergebnisse bestätigen zunächst den bekannten Befund der schwachen Vertretung von Frauen in den Parlamenten, auch wenn die Werte seit 1990 gestiegen sind. Neben einer Stagnation des Frauenanteils unter den Abgeordneten seit den 2000er Jahren bei etwa einem Drittel zeigen sich deutliche parteispezifische und regionale Unterschiede. Die Daten zeigen zudem, dass das Durchschnittsalter in den Parlamenten stetig ansteigt und aktuell bei über 50 Jahren liegt. In den 1990er Jahren waren insbesondere Parlamentarier der Grünen und von DIE LINKE (bzw. PDS) durchschnittlich noch deutlich jünger. Die für andere Sektoren wie Wissenschaft und Wirtschaft festegestellte eklatante Unterrepräsentation Ostdeutscher under der Elite findet sich für die Landesparlamente und Regierungen in abgeschwächter Form. Mehrheitlich wurden die politischen Eliten in den neuen Ländern auch auf dem Gebiet der ehemaligen DDR geboren.

Im folgenden Abschnitt arbeiten wir zunächst genauer das Konzept und die Bedeutung deskriptiver Repräsentation heraus. Anschließend stellen wir dar, wie unser neuer Datensatz wichtige Dimensionen deskriptiver Repräsentation in der Bundesrepublik aufhellt. Im empirischen Teil widmen wir uns diesen einzelnen Dimensionen: Wir beleuchten die deskriptive Repräsentation entlang von Gender, Alter und Herkunft unter Mandatsträger:innen in Fraktion und Regierung.

## Die Relevanz deskriptiver Repräsentation

Deskriptive Repräsentation thematisiert, wie gut die Bevölkerung von den Abgeordneten mit Blick auf relevante Merkmale im Parlament widergespiegelt wird. Diese „mirror representation“ (Pitkin 1967, S. 61) umfasst askriptive Merkmale von Personen wie auch geteilten Erfahrungen, die beispielsweise dem Beruf oder ihrer Herkunft hervorgehen. Repräsentation gilt dabei nicht als ein Wert an sich. Denken wir Parlamente als repräsentative Stichproben der Bevölkerung, so Pitkin (1967, S. 226) in einer frühen Kritik, würden wir von der wichtigeren Frage abgelenkt, was diese Parlamente eigentlich täten. Vielmehr soll deskriptive Repräsentation dazu beitragen, relevante demokratische Repräsentationsziele zu erreichen.

So wird deskriptive Repräsentation insbesondere als Voraussetzung für eine adäquate substantielle Repräsentation gesellschaftlicher Gruppen diskutiert. Philips (1995, S. 83) argumentiert in *The Politics of Presence*, dass die Fähigkeit, Interessen zu verstehen und zu artikulieren oft eng mit den Alltagserfahrungen bestimmter Gruppen und ihrer Position in der Gesellschaft verknüpft ist. Die Präsenz von Gruppenmitgliedern begünstigt daher ihre substantielle Repräsentation. Der angenommene Nexus von deskriptiver und substantieller Repräsentation wirkt dabei nicht nur aggregativ, indem entsprechende Gruppeninteressen bei Abstimmungen genügend Gewicht in die Waagschale werfen können. Er ist auch deliberativ relevant. Insbesondere bei dynamischen und unscharfen Themen können Gruppenmitglieder am besten ihre vielfältigen und oft auch heterogenen Interessen in die Diskussion tragen (Mansbridge 1999, S. 648).

Deskriptive Repräsentation ist vor allem dann für substantielle Repräsentation wichtig, wenn Gruppen eine distinkte gesellschaftliche Position und damit verbundene Alltagserfahrungen und politische Präferenzen aufweisen. Die Zugehörigkeit zu einer Gruppe beeinflusst, wie wir Probleme definieren, Position beziehen und wie wir dies rechtfertigen.

Diese Verknüpfung ist besondere mit Blick auf Einkommen und Bildung herausgearbeitet worden. Mit steigendem Einkommen lehnen Menschen Umverteilung tendenziell stärker ab, was auf eine interessengeleitete Präferenzbildung hinweist (Guillaud 2013). Höhere Bildung hingegen geht mit liberaleren Einstellungen in kulturellen Fragen einher, etwa mit Blick auf Einwanderung (Hainmueller und Hiscox 2007), Familienbild oder Europäische Integration (Hakhverdian et al. 2013). Nun ist die deskriptive Repräsentation entlang von Bildung und Einkommen besonders verzerrt (Bernauer et al. 2015), was auch zu den erheblichen Diskrepanzen in der substantiellen Repräsentation beitragen dürfte. Mit Hilfe von Bevölkerungsumfragen und Parteipositionen haben Rosset und Stecker (2019) herausgearbeitet, dass Regierungen den Präferenzen oberer Einkommens- und Bildungsgruppen vor allem bei Europäischer Integration und Umverteilung eher entsprechen, während benachteiligte Gruppen deutlich davon abweichen. Es gibt aber auch direktere Evidenz: Elsässer und Schäfer (2017) zeigen anhand konkreter Sachfragen, dass bei Meinungsunterschieden zwischen niedrigen und hohen Einkommensgruppen meist die Präferenzen der letzteren obsiegen.

Mit Blick auf Gender wird häufig darauf aufmerksam gemacht, dass Frauen bzw. Männer in vielen Politikfeldern keine homogenen Interessen aufweisen. Entsprechend ergibt sich oft kein klares Bild zur substantiellen Unterrepräsentation *der* Frauen (Dingler et al. 2019).[[1]](#footnote-1) In dieser Situation sind Politikerinnen aber gerade dafür relevant, diese Interessenvielfalt der weiblichen Bevölkerung einzubringen. Ein Beispiel hierfür liefert die Analyse von Celis (2006) zum Belgischen Parlament über einen Zeitraum von 80 Jahren, welche zeigt, dass Wortbeiträge von weiblichen Abgeordneten die insgesamt berücksichtigten Themenbereiche und Positionen deutlich erweiterten.

Für das Lebensalter wurde die Verknüpfung von deskriptiver und substantieller Repräsentation bisher seltener direkt thematisiert (siehe aber Bailer et al. 2022; Debus und Himmelrath 2022). Gleichzeitig erscheint diese Verknüpfung angesichts langfristiger zivilisatorischer Herausforderungen wie dem Klimawandel zunehmend relevant. Tatsächlich liegt der Anteil von unter 40-Jährigen in Parlamenten meist deutlich unter 20 Prozent (Stockemer und Sundström 2022) und es gibt Hinweise, dass damit auch eine systematische Unterrepräsentation substantieller Interessen einhergeht (McClean 2021).

Untersuchungen zur Herkunft von Abgeordneten fokussieren meist auf die Zugehörigkeit zu bestimmten diskriminierten Gruppen. Dabei wird vielfach konstatiert, dass diese in politischen Entscheidungsgremien, Regierungen und Verwaltungen unterrepräsentiert sind (Bird et al. 2010). Beispielsweise zeigen Personen mit Migrationsgeschichte eine deutlich größere Aktivität in Fragestellungen, die besonders ebendiese gesellschaftliche Gruppen betreffen (Wüst 2014). Zudem gibt es Hinweise darauf, dass sie sich in den entsprechenden Debatten anders positionieren als Abgeordnete, die derlei Erfahrungen nicht gemacht haben (Blätte und Wüst 2017).

Deskriptive Repräsentation kann aber auch über substanzielle Repräsentation hinaus positive Effekte entfalten. Sie kann dabei helfen, Statusunterschiede zwischen Gruppen zu dekonstruieren (Mansbridge 1999, S. 648). Die Wahrnehmung bzw. der objektiv plausible Umstand „Bürger:in zweiter Klasse“ zu sein, verstärkt sich für benachteiligte Gruppen, wenn sie sich auch in Parlament und Regierung selten wiedererkennen. Umgekehrt kann es das Gefühl politischer Teilhabe, wenn sie zumindest in etwa proportional in den politischen Eliten vertreten sind, befördern (Snagovsky et al. 2020). So wird politische Gleichheit direkt erleb- und sichtbar. In der deutschen Debatte dürfte neben dem gemeinhin beobachtbaren Spannungen zwischen Stadt und Land auch der Konflikt zwischen Ost- und Westdeutschen relevant sein (Heide et al. 2023). Zudem stellt Ulbig (2007) fest, dass das Vertrauen von Frauen in den USA steigt, wenn ein höherer Anteil der Abgeordneten in Kommunalparlamenten Frauen sind. Umgekehrt weisen Stockemer und Sundström (2018) auf ein zurückgehendes Interesse an politischen Prozessen unter jungen Menschen sowie an der Teilnahme daran hin, wenn wachsende Teile der Entscheidungsträger:innen älteren Altersgruppen angehören. Wie an diesen Beispielen deutlich wird, haben rückläufige Grade an deskriptiver Repräsentation auch Implikationen für politische Systeme als Ganzes.

Um der vielfach festgestellten Unterrepräsentation diverser gesellschaftlicher Gruppen beizukommen, werden verschiedene Möglichkeiten zur Korrektur erörtert. Diese reichen von Änderungen des Wahlsystems (Norris 2004) oder der Parlamentsstruktur (Markham 2012) bis hin zu den etwa in Deutschland prominent diskutierten paritätischen Listen (Jutzi 2020). Neben weiterer Forschung zum Nexus zwischen deskriptiver und substanzieller Repräsentation brauchen wir gute Daten über die Zusammensetzung und Karrierewege politischer Eliten, um Reformbedarfe und mögliche Effekte von Reformen zu beurteilen. Unser Beitrag besteht hier darin, solche Daten für die politischen Eliten in den Bundesländern zu liefern. Wir stellen im Folgenden die neue Datenbank *StatePol* vor und explorieren anschließend die deskriptive Repräsentation in den Landtagen entlang von Gender, Alter und Herkunft.

## StatePol - Eine neue Datenbank zu den Abgeordneten der Bundesländer

Mit *StatePol* stellen wir die bislang umfangreichste, öffentlich zugängliche Datenbank zu den Mitgliedern der deutschen Landesparlamente (MdL) und -regierungen vor. Die Datenbank enthält für die Zeit ab 1990 umfassende Informationen zu zahlreichen Eigenschaften und Tätigkeiten der MdL und der Regierungsmitglieder. Hierbei wurde sichergestellt, dass für alle westdeutschen Bundesländer ab dem 1. Januar 1990 Daten vorliegen.[[2]](#footnote-2) Die ostdeutschen Landesparlamente (inklusive des berliner Abgeordnetenhauses) kommen entsprechend, sobald diese sich konstituiert haben im Jahres 1990 ebenfalls hinzu.

Die Daten wurden aus verschiedenen Quellen zusammengeführt und sorgfältig validiert. Konkret haben wir für alle 111 Legislaturperioden die Wikipedia-Einträge extrahiert gescrapet und um Informationen verschiedensten Veröffentlichungen der Landesparlamente erweitert. Im Folgenden stellen wir die hierbei verwendeten Quellen dar. Darüber hinaus findet sich in der Online-Dokumentation des Datensatzes für jede Wahlperiode (WP) eine Aufschlüsselung der herangezogenen Datenquellen für sämtliche Variablen.[[3]](#footnote-3)

Das zentrale Element der Datenbank stellt eine Liste aller Personen dar, die seit 1990 ein Mandat in einem deutschen Landesparlament innehatten. Für jede WP, in der dieselbe Person einem Landesparlament angehörte, wird eine separate Beobachtung in der Liste aufgeführt. Die weiteren tagesgenauen Informationen zu diesen Personen (z. B. Fraktionszugehörigkeit) können über eine WP- und personenspezifischen ID-Variable problemlos zugeordnet werden.[[4]](#footnote-4) Für sämtliche WPs jedes Landesparlaments befindet sich in Wikipedia ein Eintrag. Dieser enthält gemeinhin eine Liste mit sämtlichen Personen, die zu einem Zeitpunkt zwischen dem Wahltag einer WP bis zum Wahltag der Folge-WP ein Mandat innehatten. Ist eine Person vorzeitig aus dem Mandat geschieden, verstorben oder zu einem späteren Zeitpunkt nachgerückt, so ist dies in einer gesonderten Spalte („Bemerkungen“) dokumentiert. Diese Tabellen haben wir zunächst gescrapt. In einem Folgeschritt haben wir anschließend händisch etwaig abweichende Start- und Enddaten der Mandatszeiten jeder Abgeordneten übertragen. Fanden wir in der dafür vorgesehenen Spalte keine dahingehenden Bemerkungen, haben wir die das Datum der konstituierenden Sitzung der WP als Startdatum sowie den Tag vor jener der folgenden WP als Enddatum angenommen. Diese Daten wurden den Plenarprotokollen der entsprechenden Sitzungen entnommen.

In der Datenbank werden Gender, Geburtsdatum, sowie diverse Informationen zum Geburtsort, als soziodemographische Variablen aufgeführt. Während die Gendervariable mithilfe der GenderizR-API von Wais (2016) geschätzt wird, wurden die anderen genannten Informationen den weitestgehend standardisierten einleitenden Sätzen des Eintrags der individuellen Abgeordneten entnommen. Mit Blick auf den Mandatsgewinn der Abgeordneten sind der Wahlkreis, Mandatstyp und Stimmenanteil enthalten, sofern eine gesonderte Spalte in der bereits erwähnten Tabelle in den Einträgen zu den jeweiligen Wahlperioden diese Informationen festhält. Mithilfe der R-Pakete *tidygeocoder* (Cambon et al. 2021)und *ggmap* (Kahle und Wickham 2013) wurden für die Geodaten (Längen- und Breitengrade) der Geburtsorte der Abgeordneten ermittelt.

Neben diesen zeitinvarianten Informationen zu den Abgeordneten wurden auch weitestgehend tagesgenaue Informationen zu ihren Funktionen in Ausschüssen, Präsidien, Fraktionen und Kabinetten erhoben. Dabei ist die Datenbank so organisiert, dass eine regelmäßige Fortschreibung erfolgen kann und eine Ergänzung um weitere Informationen, wie etwa die avisierte Integration der Kandidierenden leicht umzusetzen ist.

Um möglichst viele Informationen hierbei tagesgenau zu erfassen, haben wir uns am folgenden Dreischritt orientiert: Zuerst fragten wir diese Daten bei den Parlamentsdokumentationen der sechzehn Landesparlamente einzeln an. Konnten diese Informationen bereitgestellt werden, gingen sie direkt in unsere Datenbank ein. War dies nicht der Fall, haben wir in einem zweiten Schritt für die Mitgliedschaften und Ämter in den Fraktionen und Präsidien dahingehend ebenfalls die bereits erwähnten WP-spezifischen Einträge in der Wikipedia konsultiert. Da diese Informationen für sämtliche Landesparlamente standardmäßig vorliegen, enthält StatePol lückenlos tagesgenaue Informationen über die Mandatszeit sowie Fraktionsmitgliedschaften sämtlicher Abgeordneter, nebst der Mitglieder der Regierungskabinette.[[5]](#footnote-5) Enthielten diese Einträge keine Informationen über die Ämter oder etwaige Funktionen der Abgeordneten im Parlamentspräsidium, den Fraktionsführungen bzw. ihren Mitgliedschaften und leitenden Positionen in den Ausschüssen, so wurde hierzu auf die Handbücher der jeweiligen Landesparlamente ausgewichen.[[6]](#footnote-6) In diesem Fall sind die Daten bedauerlicherweise nicht tagesgenau. Mithilfe dieses Vorgehens konnten wir jedoch sicherstellen, dass für Wahlperioden, zu denen diese Informationen strukturiert öffentlich zugänglich sind, in *StatePol* auch tagesgenau vorliegen.

Die *StatePol*-Datenbankenthält Informationen zu den Ämtern und Funktionen aller 6.946 Landtagsabgeordneten, die seit 1990 in einem der 16 Landesparlamente saßen. Dabei sind alle 1614 Abgeordneten, die im Verlauf einer Legislaturperiode ausgeschieden sind, ebenso enthalten, wie die 1227 nachgerückten Personen. Einzigartig im Vergleich zu anderen Projekten mit langen Datenreihen sind die 22.379.186 tagesgenauen Beobachtungen zu den Mitgliedschaften. Dies erlaubt etwa die Identifikation der 328 Fraktionswechsel und eine Analyse der Verschiebungen in Kabinetten und Fraktionsführungen zwischen Wahlen.

Abbildung 1 veranschaulicht die Struktur der Datenbank und führt die enthaltenen Informationen auf. Durch die Verbindung der Datensätze ist es möglich entsprechend des jeweiligen Interesses persönliche Daten der Abgeordneten um Informationen zur Zugehörigkeit in Fraktionen, Kabinett, Landtagspräsidium, Ausschüssen und Fraktionsvorstand zu ergänzen. Die komplette Datenbank, eine ausführliche Anleitung zur Nutzung sowie eine Dokumentation der Datenerhebung und codebasierten Standardisierung stehen auf GitHub zur Verfügung.[[7]](#footnote-7)

Abbildung: Die Struktur des Datensatz

Ein Bild, das Text, Screenshot, Design enthält.

Automatisch generierte Beschreibung

Unsere Datenbank reiht sich in die zahlreichen Projekte ein, die in jüngerer Zeit die empirischen Grundlagen für die Repräsentationsforschung stetig verbessert haben (Turner‐Zwinkels et al. 2021; Goebel und Munzert 2020; Stockemer und Sundström 2022; Kroeber 2023; Fetscher et al. 2023). Mit *StatePol* eröffnen sich vielfältige Möglichkeiten die Zusammensetzung der deutschen Landtage sowie etwa die Karriereverläufe ihrer Mitglieder zu analysieren.

## Deskriptive Repräsentation in der Landespolitik

Die Diversität der politischen Eliten in Deutschland wird vielfach als unzureichend beschrieben. Sowohl in der öffentlichen Debatte als auch in der politikwissenschaftlichen Literatur wird kritisiert, dass viele gesellschaftliche Gruppen an entscheidenden Stellen nicht vertreten sind (Bürklin und Rebenstorf 1997). Unter Rückgriff auf den vorgestellten Datensatz zu den Abgeordneten der Bundesländer, untersuchen wir in diesem Abschnitt die deskriptive Repräsentation unter den Mitgliedern von Landtagen und Landesregierungen entlang dreier Merkmale. Wir beleuchten die Repräsentation von Frauen, die Repräsentation entlang des Lebensalters und die regionale Herkunft der Eliten (Stichwort Ost- vs. Westdeutschland).

### Gender

Nachdem in den deutschen Parlamenten lange Zeit nur sehr wenige Frauen vertreten waren, stieg der Anteil weiblicher Abgeordneter in den 1990ern zunächst an. Seit Ende der 1990er stagniert diese Entwicklung. Abbildung: 2 veranschaulicht die Veränderung des Frauenanteils unter den Abgeordneten der deutschen Landesparlamente seit 1990. Die gestrichelte Linie bildet den globalen Durchschnitt ab, zudem wird der durchschnittliche Frauenanteil für die großen Parteien separat ausgewiesen. Die Veränderungen ergeben sich sowohl aus der Änderung der Zusammensetzung nach Wahlen, als auch leichteren Schwankungen während der Legislaturperioden, etwa wenn Abgeordnete ausscheiden, nachrücken oder die Fraktion wechseln.

Abbildung: Frauenanteil in den Fraktionen der Landesparlamente

Ein Bild, das Text, Reihe, Diagramm enthält.

Automatisch generierte Beschreibung

Bei einer differenzierten Betrachtung zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den sechs großen Parteien. So lag der Anteil der Frauen bei den Unionsfraktionen Anfang der 1990er Jahre lediglich bei etwa 10 Prozent und stieg in den folgenden Jahren auf knapp über 20 Prozent. Bei den Liberalen sind ähnliche Trends zu beobachten, wobei der prozentuale Anteil in den Fraktionen der FDP durch die gemeinhin geringere Anzahl an Mandatsträger:innen vergleichsweise stark variiert.

Linke und Grünen weisen in den 1990er Jahren bereits einen höheren Frauenanteil auf und zeigen seitdem einen weiteren Aufwuchs. Seit etwa 25 Jahren sind die Fraktionen dieser Parteien annähernd genderparitätisch besetzt. Der Frauenanteil in den Fraktionen der SPD liegt konstant über dem Durchschnitt und erreichte um das Jahr 2008 mit etwa 40 Prozent seinen Höchststand. Im Gegensatz zu den Linken und Grünen erreichte die SPD jedoch an keiner Stelle annähernd Genderparität. Diese Diskrepanz lässt sich auf zwei Gründe zurückführen: So hat die SPD lediglich eine Quote von 40 Prozent für Frauen bei der Aufstellung ihrer Wahllisten. Darüber hinaus gewinnt die SPD einen erheblichen Anteil ihrer Mandate direkt, für die keine Quotenregelung gelten, während Linke und Grüne hauptsächlich Mandate über ihre quotierten Listen erhalten.[[8]](#footnote-8)

Auffällig ist, dass die ersten Fraktionen der AfD einen für die eigenen Verhältnisse hohen Frauenanteil aufwiesen. Beispielsweise waren in der ersten Landtagsfraktion der AfD in Sachsen 2014 von 14 Abgeordneten 5 Frauen. Bis die AfD schließlich in allen Landtagen vertreten war, sank ihr durchschnittlicher Frauenanteil kontinuierlich, besonders gering war er im Mai 2017 in der sachsen-anhaltinischen Landtagsfraktion. Hier fand sich unter den 24 Mitgliedern der Fraktion lediglich eine Frau.

Die von uns zusammengeführten Daten erlauben zudem eine Analyse der Repräsentation gesellschaftlicher Gruppen in verschiedenen Positionen innerhalb von Parlament und Regierung. Abbildung: 3 stellt den Frauenanteil für eine Reihe von Positionen dar.[[9]](#footnote-9) Die Kurven repräsentieren einen Durchschnitt über alle Länderparlamente hinweg und weisen etwaige Unterschiede zwischen den Parteien nicht aus.

Abbildung: Frauenanteil in den Landesparlamenten und -regierungen[[10]](#footnote-10)

Ein Bild, das Diagramm, Reihe, Text enthält.

Automatisch generierte Beschreibung

Sowohl die Präsidien, Fraktionsführungen und Ausschussvorsitze in den deutschen Landesparlamenten als auch die Ämter der Regierungschef:innen und Minister:innen waren seit 1990 zu keinem Zeitpunkt zur Hälfte mit Frauen besetzt. Tatsächlich scheint eine gläserne Decke das Aufrücken von Frauen in diese herausgehobenen exekutiven und legislativen Positionen zu behindern. Allerdings zeigen sich für die Positionen deutliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Parteien (vgl. Anhang: 2).

Für einige der Ämter lässt sich eine Entwicklung beobachten, die weitgehend parallel zum Frauenanteil unter den Abgeordneten verläuft. Dies gilt für Fraktionsführungen, Ausschussvorsitzende und Minister:innen. Frauen sind hier etwa gleichermaßen repräsentiert, wie in den Fraktionen. Allerdings stieg der Anteil weiblicher Kabinettsmitglieder in den letzten fünfzehn Jahren nochmals deutlich an: von etwa 25 Prozent im Jahr 2007 auf 40 Prozent im Jahr 2020. Dies könnte darauf hindeuten, dass zumindest manche Regierungsparteien zunehmend bestrebt sind, Parität im Kabinett herzustellen.

Im parlamentarischen Spitzenamt der Ministerpräsident:innen und Regierenden Bürgermeister:innen zeigt sich dagegen ein durchweg geringerer Frauenanteil. Erst 1993 wurde mit Heide Simonis in Schleswig-Holstein die erste Frau überhaupt zur Ministerpräsidentin gewählt. Bis 2010 gab es nicht mehr als zwei gleichzeitig amtierende Ministerpräsidentinnen. In den 2010er Jahren gab es mit Hannelore Kraft, Annegret Kramp-Karrenbauer und Christine Lieberknecht zeitweise drei Ministerpräsidentinnen, 2019 waren es mit Manuela Schwesig und Malu Dreyer zwei.

Vollkommen anders stellt sich die Entwicklung bei den Landtagspräsident:innen und   
-vizepräsident:innen dar. Frauen sind in diesen Ämtern durchweg besser vertreten als in allen anderen betrachteten Positionen. Seit Mitte der 2000er Jahre liegt der Frauenanteil in den Präsidien bei über 40 Prozent und damit deutlich höher als unter den Abgeordneten.[[11]](#footnote-11)

### Alter

In Abbildung 4 werfen wir einen Blick auf den Altersschnitt in den Landtagen. Der globale Durchschnitt (graue Linie) wird durch Werte für die großen Parteien ergänzt. Es zeigt sich, dass die Länderparlamente seit 1990 sichtbar gealtert sind. Im Schnitt waren die Abgeordneten im Jahr 1990 im Mittel 48 Jahre alt, im Jahr 2020 vier Jahre älter. Dieser Trend mag mit der generellen Alterung der Gesellschaft zusammenhängen, wobei das Durchschnittsalter der deutschen Bevölkerung in diesem Zeitraum um ganze 5,3 Jahre.[[12]](#footnote-12) Somit alterte die bundesdeutsche Gesamtbevölkerung schneller als ihre Landesparlamentarier:innen. Dabei bestehen jedoch erhebliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Fraktionen.

Abbildung: Durchschnittsalter der Fraktionen in den Landesparlamenten

Ein Bild, das Text, Reihe, Diagramm, Schrift enthält.

Automatisch generierte Beschreibung

Zunächst zeigt sich für alle Fraktionen ein „zackiger“ Trend. Dies ist auf die tagesgenauen Daten zurückzuführen: während einer Legislaturperiode werden die Fraktionsmitglieder, wie wir alle, stetig älter, nach Wahlen sind die Fraktionen von einem Tag auf den anderen im Durchschnitt jünger. Neben diesem technischen Effekt lassen sich auch substanziell interessante Entwicklungen beobachten.

Bei den Unionsparteien und der SPD bewegt sich das Durchschnittsalter der Fraktionen weitgehend einheitlich über den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg. In den frühen 1990er Jahren waren die Abgeordneten dieser drei Parteien im Durchschnitt noch knapp unter 50 Jahren alt, bis 2020 stieg dieser Wert auf etwa 53 Jahre an. Das Durchschnittsalter der AfD-Fraktionen liegt seit ihrem Einzug in die Landesparlamente etwa auf dem Niveau der übrigen Parteien.

Deutlich größere Veränderungen sind hingegen bei den Abgeordneten der Linken und Grünen zu beobachten. Nach der Wiedervereinigung bzw. in den Gründungsjahren der PDS stellten die beiden Parteien die mit Abstand jüngsten Abgeordneten. In den Folgejahren erlebten diese Fraktionen jedoch einen starken Alterungsprozess: hatten die Grünen nach 1990 für zehn Jahre die im Mittel jüngsten Abgeordneten, stieg das Durchschnittsalter der Abgeordneten zügig um etwa acht Jahre an. Für die Abgeordneten der Linken bzw. der PDS zeigt sich eine ähnliche Entwicklung mit einem besonders steilen Altersanstieg Mitte der 2000er Jahre. 2005 lag das Durchschnittsalter der Linken noch bei etwa 45 Jahren, 2014 bereits bei 54. Ein möglicher Erklärungsansatz hierfür ist, dass Abgeordnete, die in den Gründungsjahren der Parteien erstmals ein Mandat erhielten, für einen längeren Zeitraum Mitglieder des Parlaments und ihrer Fraktionen blieben. Folglich wäre es denkbar, dass die Gründungsgenerationen bei Bündnisgrünen und Linken mit ihrer Partei alterten.

Die Abgeordneten der FDP waren bis in die späten 1990er Jahre nur unwesentlich jünger als ihre Kolleg:innen in den Fraktionen der Union oder der SPD. In den frühen 2000er Jahren erlebten die Liberalen jedoch eine deutliche Verjüngung. Seitdem bewegt sich das Durchschnittsalter der FDP-Abgeordneten etwa auf dem Niveau der Fraktionen der Grünen, wobei sie im Jahr 2020 die im Durchschnitt jüngsten Abgeordneten in den Landesparlamenten stellten.

Es finden sich auch einige Abgeordnete, die das Renteneintrittsalter schon lange hinter sich gelassen haben. Rekordhalterin ist hier Charlotte Fera, die bei ihrem Ausscheiden aus der 14. Hamburgischen Bürgerschaft bereits das 87. Lebensjahr vollendet hatte. Des weiteren lassen sich sowohl in den parlamentarischen als auch in den Kabinettspositionen interessante Trends beobachten. Insbesondere das Durchschnittsalter der Regierungschef:innen und von Mitgliedern der Parlamentspräsidien liegt über dem der Abgeordneten insgesamt (vgl. Anhang: 3).

### Herkunft

Abbildung 5 wirft einen differenzierten Blick auf den Geburtsort der Parlamentarier:innen. Die rote Linie repräsentiert den Anteil der MdL, die ihren Geburtsort im Bundesland haben. Ausgezeichnet sind auch Abgeordnete, die außerhalb des jeweiligen Bundeslandes in einem anderen westdeutschen (gelb) oder ostdeutschen (schwarz) Bundesland geboren wurden. Im Ausland geborene Abgeordnete sind durch eine grüne Linie repräsentiert.[[13]](#footnote-13)

Vor allem Bayern, Nordrhein-Westfalen und das Saarland weisen mit um die 80 Prozent einen hohen Anteil an Landeskindern in ihren Parlamenten auf. Im aktuellen Düsseldorfer Landtag sind beispielsweise im Juni 2020 85 Prozent der Abgeordneten auch auf dem Gebiet des Bundeslandes geboren. In anderen Ländern, z. B. Berlin, Hamburg oder Schleswig-Holstein ist der Anteil an Landeskinder dagegen unterdurchschnittlich. Diese Unterschiede dürften auf diverse Faktoren zurückzuführen sein. Größe und Lage von Flächenländern und Stadtstaaten dürften einen Erklärungsbeitrag liefern, ebenso wie die Mobilität der Bevölkerung, die wiederum mit den Anteilen ländlicher und städtischer Räume zusammenhängt. Mutmaßlich spielt auch die Stärke des Landesidentität eine Rolle. Dass man „von hier ist“ spielt für eine Kandidatennominierung im bayrischen Allgäu sicher eine größere Rolle als im Berliner Prenzlauer Berg.

Abbildung: Herkunft der Fraktionsmitglieder

Ein Bild, das Text, Screenshot, Diagramm, parallel enthält.

Automatisch generierte Beschreibung

Die Frage, ob eine Pfälzerin im baden-württembergischen Landtag sitzen sollte, gehört in den Bereich launiger Frotzeleien. Wie viele Niedersachsen im Magdeburger Landtag, wie viele Bremer im Landtag in Schwerin; kurz – wie viele Westdeutsche in ostdeutschen Landtagen zu viel sind, ist eine handfeste politische Streitfrage. Ostdeutsche sind nach wie vor unter den ökonomischen, wissenschaftlichen und, dies weniger deutlich, politischen Eliten selbst in den ostdeutschen Ländern unterrepräsentiert. Je nach Sektor besetzen Ostdeutsche auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung nur zwischen drei und 15 Prozent der Führungspositionen, wobei ihr Gesamtanteil an der Bevölkerung 18 Prozent beträgt (Kollmorgen 2015). Vor diesem Hintergrund ist ein Blick auf die Anteile Ostdeutscher unter den Mitgliedern der Landtage und der Exekutive relevant. Als „ostdeutsch“ haben wir alle Personen klassifiziert, die auf dem Gebiet der DDR bzw. der neuen Länder geboren wurden (vgl. Heide et al. 2023). Vor 1989 darf diese Annahme als unproblematisch gelten, da relevante Wanderungsbewegungen zwischen Ost und West ausgeschlossen waren. Je weiter die Wiedervereinigung zurückliegt, desto stärker muss bedacht werden, dass Abgeordnete nach ihrer Geburt auch mehrfach umgezogen sein könnten und ihre Primärsozialisation zumindest nicht in Ostdeutschland erfahren haben.

Abbildung: Anteil von Ost- und Westdeutschen in Landesparlamenten

Ein Bild, das Diagramm, Text, Reihe enthält.

Automatisch generierte Beschreibung

Abbildung: Anteil von Ost- und Westdeutschen in Landesregierungen

Ein Bild, das Text, Reihe, Diagramm enthält.

Automatisch generierte Beschreibung

Abbildung: 6 und 7 ermöglichen einen aggregierten Blick auf die Anteile von Ost- und Westdeutschen in den Parlamenten und Regierungen auf Landesebene. In der Betrachtung der Anteile an West- und Ostdeutschen Personen in den Landesparlamenten und -regierungen der neuen und alten Bundesländer zeigen sich ebenfalls auffällige Unterschiede. In ost- wie auch in westdeutschen Parlamenten sind durchweg etwa dreiviertel der Abgeordneten aus demselben Teil der Bundesrepublik.[[14]](#footnote-14)

Der Blick auf die Landesregierungen zeigt, dass Regierungsposten im Osten mehrheitlich von Ostdeutschen besetzt werden. In den ersten Landesregierungen nach der Wiedervereinigung fanden sich insgesamt etwa 60 Prozent Ostdeutsche und nur 25 Prozent Westdeutsche. Umgekehrt spielen Ostdeutsche in westdeutschen Landesregierungen keine Rolle. Ihr höherer Anteil 1990 lässt sich darauf zurückführen, dass zahlreiche Personen zwar im Osten geboren wurden, aber vor dem Bau der Mauer umsiedelten. Mit dem Ausscheiden dieser Generation sank auch der Anteil Ostdeutscher stetig. Bemerkenswert ist, dass der Anteil Westdeutscher an Exekutivmitgliedern zuletzt einen neuen Höchststand erreicht hat. 2020 waren 40 Prozent der Regierungsmitglieder in den westdeutschen Bundesländern geboren.

## Fazit

Unsere Research Note legt mit *StatePol* eine neue Datenbank zur Zusammensetzung von Landesparlamenten und -regierungen in der Bundesrepublik seit 1990 vor. Im Vergleich zu ähnlichen Projekten besteht ihr Alleinstellungsmerkmal insbesondere in der tagesgenauen Dokumentation der Zugehörigkeiten zu Fraktionen und zu diversen exekutiven und legislativen Ämtern. StatePol stellt hierbei den einzigen Datensatz dar, welcher tagesgenaue Informationen zu Karriereverläufen in den Fraktionen einer Partei, zumal über eine Vielzahl an Parlamente hinweg, nachvollziehen lassen. Ein weiterer Vorteil liegt in der Tatsache, dass sie mit den sechzehn deutschen Bundesländern eine große Anzahl an institutionell weitestgehend vergleichbaren Untersuchungsgegenständen bietet, was auf nationaler Ebene in dieser Form nicht möglich ist. Somit kann StatePol als empirische Grundlage einer Vielzahl an empirischen Auseinandersetzungen mit den Funktionsweisen parlamentarischer Demokratien dienen.

Das Potential dieser Datenbank für die Repräsentationsforschung haben wir hier zunächst deskriptiv skizziert. So haben wir auf den bei etwa 30% stagnierenden Anteil von Frauen in den Parlamenten hingewiesen und erhebliche Unterschiede zwischen den Fraktionen identifiziert. Während die Fraktionen von Grünen und Linken seit den 2000er Jahren annähernd paritätisch besetzt sind, finden sich in den Reihen der AfD-Fraktionen 2020 nur 10 Prozent Frauen.

Die stetige Zunahme des Durchschnittsalters der deutschen Bevölkerung lässt sich auch an seinen Landtagen ablesen. Seit 1990 hat sich das Durchschnittsalter der MdL von 48 auf 52 Jahre erhöht. Bemerkenswert ist die Alterung innerhalb der Fraktionen von Linken und Grünen, die in den 1990er Jahren noch ein Durchschnittsalter um die 45 Jahre aufwiesen. Die in zahlreichen Sektoren konstatierte Unterrepräsentation Ostdeutscher lässt sich in den ostdeutschen Landesparlamenten und -regierungen in schwächerer Ausprägung feststellen. Die Regierungsmitglieder und insbesondere die Parlamentarier sind mehrheitlich ostdeutscher Herkunft. Es fällt aber auf, dass der Anteil westdeutscher in den Landesregierung zuletzt stark gestiegen ist. Der Eindruck einer Unterrepräsentation wird dadurch verstärkt, dass Ostdeutsche in westdeutschen Parlamenten und Regierungen deskriptiv praktisch keine Rolle spielen.

Diese Analyse ist nur ein erster Schritt, um mit *StatePol* relevante Dimensionen der (Unter)repräsentation verschiedener Gruppen zu beleuchten. Künftig können mit den hochaufgelösten Daten bessere Antworten auf zahlreiche Fragen der Repräsenationsforschung geliefert werden. Beispielsweise finden Studien, dass Frauen in verschiedenen Sektoren häufig mehr investieren müssen, um Spitzenpositionen zu erreichen O’Brien (2015) zeigt solche „gendered opportunity structures“ mit Blick auf die Wahl und Abwahl von Parteivorsitzenden. Gelingt es Männern, bei sonst gleichen Qualifikationen und Eigenschaften (z. B. Seniorität) auch in der Landespolitik eher als Frauen Spitzenpositionen zu besetzen? Mit *StatePol* kann diese und viele weitere verwandte Fragen künftig beleuchtet werden.

Auch für die Forschung zum Nexus zwischen deskriptiver und substantieller Repräsentation kann *StatePol* relevant sein. Zahlreiche Studien beleuchten, inwieweit sich die Zugehörigkeit zu einer Gruppe (z. B. definiert durch Gender oder Herkunft) auch im Repräsentationshandeln der Parlamentarier niederschlägt (Kroeber 2023; Celis 2006). Durch data linkages zu parlamentarischen Reden und Aktivitäten (z. B. kleinen Anfragen) können diese Fragen für die Landesparlamente und -regierungen künftig besser untersucht werden.

Literatur

Arnesen, Sveinung und Yvette Peters. 2018. The Legitimacy of Representation: How Descriptive, Formal, and Responsiveness Representation Affect the Acceptability of Political Decisions. *Comparative Political Studies* 51 (7): 868–899. doi: 10.1177/0010414017720702.

Bailer, Stefanie, Christian Breunig, Nathalie Giger und Andreas M. Wüst. 2022. The Diminishing Value of Representing the Disadvantaged: Between Group Representation and Individual Career Paths. *British Journal of Political Science* 52 (2): 535–552. doi: 10.1017/S0007123420000642.

Bernauer, Julian, Nathalie Giger und Jan Rosset. 2015. Mind the gap: Do proportional electoral systems foster a more equal representation of women and men, poor and rich? *International Political Science Review* 36 (1): 78–98. doi: 10.1177/0192512113498830.

Bird, Karen, Thomas Saalfeld und Andreas M. Wüst. 2010. *The Political Representation of Immigrants and Minorities:* Routledge.

Blätte, Andreas und Andreas M. Wüst. 2017. Der migrationsspezifische Einfluss auf parlamentarisches Handeln: Ein Hypothesentest auf der Grundlage von Redebeiträgen der Abgeordneten des Deutschen Bundestags 1996–2013. *Politische Vierteljahresschrift* 58 (2): 205–233. doi: 10.5771/0032-3470-2017-2-205.

Bürklin, Wilhelm und Hilke Rebenstorf. 1997. *Eliten in Deutschland.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Cambon, Jesse, Diego Hernangómez, Christopher Belanger und Daniel Possenriede. 2021. tidygeocoder: An R package for geocoding. *Journal of Open Source Software* 6 (65): 3544. doi: 10.21105/joss.03544.

Celis, Karen. 2006. Substantive Representation of Women: The Representation of Women's Interests and the Impact of Descriptive Representation in the Belgian Parliament (1900–1979). *Journal of Women, Politics & Policy* 28 (2): 85–114. doi: 10.1300/J501v28n02\_04.

Dahl, Robert Alan. 1971. *Polyarchy. Participation and opposition*, 26. Aufl. New Haven: Yale Univ. Press.

Däubler, Thomas. 2017. Das Einstimmen-Mischwahlsystem bei baden-württembergischen Landtagswahlen: Wie fehlende Listen zur ungleichen deskriptiven Repräsentation von Stadt und Land in den Fraktionen beitragen. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 48 (1): 141–156. doi: 10.5771/0340-1758-2017-1-141.

Debus, Marc und Noam Himmelrath. 2022. Advocates of climate action? The age of members of parliament and their activity in legislative debates on climate change. *Climate Action* 1 (1). doi: 10.1007/s44168-022-00017-2.

Deiss-Helbig, Elisa. 2013. „Ich bin einer von Euch“ – Zur Bedeutung sozialer und politischer Kongruenz von Abgeordneten und Bürgern für das Gelingen von Repräsentation. *ZParl Zeitschrift für Parlamentsfragen* 44 (3): 566–580. doi: 10.5771/0340-1758-2013-3-566.

Dingler, Sarah C., Corinna Kroeber und Jessica Fortin-Rittberger. 2019. Do parliaments underrepresent women's policy preferences? Exploring gender equality in policy congruence in 21 European democracies. *Journal of European Public Policy* 26 (2): 302–321. doi: 10.1080/13501763.2017.1423104.

Eder, Christina, Jessica Fortin-Rittberger und Corinna Kroeber. 2016. The Higher the Fewer? Patterns of Female Representation Across Levels of Government in Germany. *Parliamentary Affairs* 69 (2): 366–386. doi: 10.1093/pa/gsv021.

Elsässer, Lea, Svenja Hense und Armin Schäfer. 2017. „Dem Deutschen Volke“? Die ungleiche Responsivität des Bundestags. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 27 (2): 161–180. doi: 10.1007/s41358-017-0097-9.

Fetscher, Verena, Philip Manow und Vera E. Troeger. 2023. Gendered Policy Making? Access of female MPs to legislative committees in German State Legislatures. *Unpublished manuscript*.

Gay, Claudine. 2002. Spirals of Trust? The Effect of Descriptive Representation on the Relationship between Citizens and Their Government. *American Journal of Political Science* 46 (4): 717. doi: 10.2307/3088429.

Goebel, Sascha und Simon Munzert. 2020. *legislatoR: Interface to the Comparative Legislators Database. R Package version 1.0*.

Guillaud, Elvire. 2013. Preferences for redistribution: an empirical analysis over 33 countries. *The Journal of Economic Inequality* 11 (1): 57–78. doi: 10.1007/s10888-011-9205-0.

Haffert, Lukas. 2021. Unequal Geographic Representation in a Mixed-Member Electoral System: Evidence from the German Bundestag. *German Politics*: 1–25. doi: 10.1080/09644008.2021.1982901.

Hainmueller, Jens und Michael J. Hiscox. 2007. Educated Preferences: Explaining Attitudes Toward Immigration in Europe. *International Organization* 61 (02). doi: 10.1017/S0020818307070142.

Hakhverdian, Armen, Erika van Elsas, Wouter van der Brug und Theresa Kuhn. 2013. Euroscepticism and education: A longitudinal study of 12 EU member states, 1973–2010. *European Union Politics* 14 (4): 522–541. doi: 10.1177/1465116513489779.

Heide, Julian, Thomas Lux und Steffen Mau. 2023. *Ost-West-Unterschiede in den Köpfen: Alterität, Konflikt, Anerkennung und Förderung*.

Kahle, David und Hadley Wickham. 2013. ggmap: Spatial Visualization with ggplot2. *The R Journal* 5 (1): 144. doi: 10.32614/RJ-2013-014.

Kollmorgen, Raj. 2015. Außenseiter der Macht. Ostdeutsche in den bundesdeutschen Eliten 1990-2013. In *Ein Vierteljahrhundert Deutsche Einheit: Facetten einer unvollendeten Integration*, hrsg. Ulrich Busch und Michael Thomas, 1. Aufl. Abhandlungen der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften, Band 42. Berlin: Berlin.

Kroeber, Corinna. 2023. Gendered Patterns of Committee Assignments—To What Extent Are Women in Parliamentary Party Groups Game Changers? *Parliamentary Affairs.* doi: 10.1093/pa/gsad011.

Magni, Gabriele und Andrew Reynolds. 2021. Voter Preferences and the Political Underrepresentation of Minority Groups: Lesbian, Gay, and Transgender Candidates in Advanced Democracies. *The Journal of Politics* 83 (4): 1199–1215. doi: 10.1086/712142.

Mansbridge, Jane. 1999. Should Blacks Represent Blacks and Women Represent Women? A Contingent "Yes". *The Journal of Politics* 61 (3): 628–657.

McClean, Charles T. 2021. Does the Underrepresentation of Young People in Political Institutions Matter for Social Spending? *Unpublished manuscript*.

Mendelberg, Tali, Christopher F. Karpowitz und Nicholas Goedert. 2014. Does Descriptive Representation Facilitate Women's Distinctive Voice? How Gender Composition and Decision Rules Affect Deliberation. *American Journal of Political Science* 58 (2): 291–306. doi: 10.1111/ajps.12077.

Norris, Pippa. 2004. *Electoral engineering. Voting rules and political behavior.* Cambridge: Cambridge University Press.

O'Brien, Diana Z. 2015. Rising to the Top: Gender, Political Performance, and Party Leadership in Parliamentary Democracies. *American Journal of Political Science* 59 (4): 1022–1039. doi: 10.1111/ajps.12173.

Phillips, Anne. 1995. *The politics of presence. The political representation of gender, ethnicity, and race*. Oxford political theory. Oxford: Oxford Univ. Press.

Pitkin, Hanna Fenichel. 1967. *The concept of representation*, 1. Aufl. Berkeley, Calif.: Univ. of California Press.

Rosset, Jan und Christian Stecker. 2019. How well are citizens represented by their governments? Issue congruence and inequality in Europe. *European Political Science Review* 11 (2): 145–160. doi: 10.1017/S1755773919000043.

Snagovsky, Feodor, Woo Chang Kang, Jillian Sheppard und Nicholas Biddle. 2020. Does descriptive representation increase perceptions of legitimacy? Evidence from Australia. *Australian Journal of Political Science* 55 (4): 378–398. doi: 10.1080/10361146.2020.1804834.

Stockemer, Daniel und Aksel Sundström. 2018. Age representation in parliaments: Can institutions pave the way for the young? *European Political Science Review* 10 (3): 467–490. doi: 10.1017/S1755773918000048.

Stockemer, Daniel und Aksel Sundström. 2022. Introducing the Worldwide Age Representation in Parliaments (WARP) data set. *Social Science Quarterly.* doi: 10.1111/ssqu.13221.

Turner‐Zwinkels, Tomas, Oliver Huwyler, Elena Frech, Philip Manow, Stefanie Bailer, Niels D. Goet und Simon Hug. 2021. Parliaments Day‐by‐Day: A New Open Source Database to Answer the Question of Who Was in What Parliament, Party, and Party‐group, and When. *Legislative Studies Quarterly.* doi: 10.1111/lsq.12359.

Ulbig, Stacy G. 2007. Gendering Municipal Government: Female Descriptive Representation and Feelings of Political Trust. *Social Science Quarterly* 88 (5): 1106–1123. doi: 10.1111/j.1540-6237.2007.00494.x.

Vogel, Lars. 2020. Der geringe Anteil Ostdeutscher in den Eliten – ein verkanntes Problem. https://regierungsforschung.de/der-geringe-anteil-ostdeutscher-in-den-eliten-ein-verkanntes-problem/. Zugegriffen: 1. Oktober 2021.

Vogel, Lars. 2023. (How) Perceived Descriptive Underrepresentation Decreases Political Support: The Case of East Germans. *German Politics* 32 (1): 169–190.

Wais, Kamil. 2016. Gender Prediction Methods Based on First Names with genderizeR. *The R Journal* 8 (1): 17. doi: 10.32614/RJ-2016-002.

Wängnerud, Lena. 2009. Women in Parliaments: Descriptive and Substantive Representation. *Annual Review of Political Science* 12 (1): 51–69. doi: 10.1146/annurev.polisci.11.053106.123839.

Wickham, Hadley, Mara Averick, Jennifer Bryan, Winston Chang, Lucy McGowan, Romain François, Garrett Grolemund, Alex Hayes, Lionel Henry, Jim Hester, Max Kuhn, Thomas Pedersen, Evan Miller, Stephan Bache, Kirill Müller, Jeroen Ooms, David Robinson, Dana Seidel, Vitalie Spinu, Kohske Takahashi, Davis Vaughan, Claus Wilke, Kara Woo und Hiroaki Yutani. 2019. Welcome to the Tidyverse. *Journal of Open Source Software* 4 (43): 1686. doi: 10.21105/joss.01686.

Wüst, Andreas M. 2014. A Lasting Impact? On the Legislative Activities of Immigrant-origin Parliamentarians in Germany. *The Journal of Legislative Studies* 20 (4): 495–515. doi: 10.1080/13572334.2014.907601.

## Anhang

Anhang: Frauenanteil nach Mandatstyp

Ein Bild, das Text, Diagramm, Reihe, Zahl enthält.

Automatisch generierte Beschreibung

Anhang: Frauenanteil in den Landesparlamenten und -regierungen nach Parteien[[15]](#footnote-15)

Ein Bild, das Text, Diagramm, Reihe, Screenshot enthält.

Automatisch generierte Beschreibung

Anhang: Durchschnittsalter innerhalb der Parlaments- & Kabinettspositionen

Ein Bild, das Text, Reihe, Diagramm, Handschrift enthält.

Automatisch generierte Beschreibung

Anhang: Geburtsort der Abgeordneten

Ein Bild, das Screenshot, Muster, Text, Farbigkeit enthält.

Automatisch generierte Beschreibung

1. Die Forschung zur politischen Repräsentation nicht-binärer Genderkategorien steht erst am Anfang (Magni und Reynolds (2021)). [↑](#footnote-ref-1)
2. Entsprechend sind im Datensatz eine ganze Reihe an westdeutschen Landesparlamente enthalten, welche sich bereits in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre konstituierten, um eine vollständige Abdeckung sicherzustellen. [↑](#footnote-ref-2)
3. Die Onlinedokumentation findet sich unter diesem Link und wird fortlaufend aktualisiert: [↑](#footnote-ref-3)
4. Die Identifikation der Personen erfolgt zudem über deren Wikipedia-Handle, die robust ist gegenüber verschiedenen Schreibweisen und Namensänderungen. [↑](#footnote-ref-4)
5. Zur Erfassung der Regierungsmitglieder haben wir direkt die Einträge der jeweiligen Kabinette in der Wikipedia herangezogen, wodurch diesbezügliche Informationen. [↑](#footnote-ref-5)
6. And dieser Stelle gilt unser Dank den Mitarbeiter:innen der Bibliothek des Berliner Abgeordnetenhauses, welche dieses Projekt mit der Bereitstellung einer Vielzahl an teils schwer erhältlichen Parlamentshandbüchern über mehrere Monate hinweg unterstützt haben. [↑](#footnote-ref-6)
7. Der Link zur Dokumentation: https://danielkuhlen.github.io/germanparliments/ [↑](#footnote-ref-7)
8. Auch bei den Grünen und den Linken sind es Direktmandate und Merkmale einzelner Wahlsysteme (vgl. etwa Däubler (2017)) , die eine leichte Unterrepräsentation von Frauen verursachen. Der Frauenanteil nach Mandatstyp ist in Anhang: 1 dargestellt. [↑](#footnote-ref-8)
9. Sämtliche in diesem Abschnitt diskutierten Daten liegen mit Ausnahme der Amtszeiten der Ausschussvorsitzenden tagesgenau vor. Auf die geglätteten Linien wurde in der Abbildung lediglich zurückgegriffen, um die Nachvollziehbarkeit längerfristiger Entwicklungen zu erhöhen. [↑](#footnote-ref-9)
10. Vor 1993 war keine Frau Regierungschefin, weshalb in diesem Plot die Linie erst zu diesem Zeitpunkt beginnt. [↑](#footnote-ref-10)
11. An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass die Zahl gleichzeitig amtierender Parlamentspräsident:innen und -vizepräsident:innen begrenzt ist. Somit haben bereits wenige Personen einen recht starken Einfluss auf die aggregierte Genderverteilung in diesem Amt und können die Werte einfach verzerren. [↑](#footnote-ref-11)
12. Das Durchschnittsalter der deutschen Bevölkerung lag 1990 bei 39,3 und 2020 bei 44,6 Jahren (Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung). [↑](#footnote-ref-12)
13. Eine genaue Darstellung, wo die Abgeordneten geboren sind, findet sich im Anhang: 4. [↑](#footnote-ref-13)
14. In konkreten Anwendungsfall der deutschen Trennungsgeschichte ist davon auszugehen, dass der Geburtsort einer Person auf einer Seite der Mauer in den seltensten Fällen mit einer Sozialisierung auf der jeweils anderen einhergehen kann. [↑](#footnote-ref-14)
15. Vertreter:innen der AfD sind in dieser Grafik nicht dargestellt, da die geringe Anzahl von Fällen eine sinnvolle Darstellung durch die geom\_smooth-Funktion nicht zulässt. Es ist jedoch anzumerken, dass von 128 AfD Abgeordneten mit einer der hervorstehenden politischen Position 11 Frauen waren. [↑](#footnote-ref-15)